

Gesetzentwurf

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

Viertes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes

Gesetzentwurf

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

Viertes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes

A. Problem

Der Landtag des Landes Brandenburg hat sich mit der Verabschiedung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes (Drucksache 5/5964) mit dem von den Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN eingebrachten Entschließungsantrag *„Gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes sichern – Soziallastenausgleich im FAG verankern“* (Drucksache 5/6513) für eine weitere Änderung des FAG im Laufe des Jahres 2013 ausgesprochen. Im Rahmen dessen soll zum einen der Demografiefaktor ausgeweitet werden und eine Abfederung der Folgewirkung statistisch bedingter Einwohnerverluste in Folge der Ergebnisse des Zensus vorgenommen werden. Ferner soll nach dem Entschließungsantrag eine bedarfsgerechtere Verteilung der vorhandenen Finanzausgleichsmasse in Abhängigkeit von der Höhe der von den Gebietskörperschaften zu tragenden Soziallasten stattfinden. Der vorliegende Gesetzentwurf dient der Umsetzung dieses Entschließungsantrages.

In der Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen am 25. Oktober 2012 haben die Anzuhörenden gestützt auf die Erkenntnisse der Gutachten von Prof. Dr. Junkernheinrich und Prof. Dr. Lenk noch einmal auf die problematische Entwicklung der Sozial- und Jugendhilfelasten aufmerksam gemacht. Alle Teilnehmer der Anhörung haben sich zur Lösung dieser Problematik für die Entwicklung eines besonderen Sozial- und Jugendhilfelastenausgleiches im Bbg-FAG ausgesprochen, der eine bedarfsgerechtere Mittelauskehr - orientiert an den individuell zu tragenden Lasten - vorsieht. Auch der FAG-Beirat hat sich mit Beschluss am 16. Oktober 2012 einvernehmlich für eine Verankerung eines besonderen Soziallastenausgleichs im BbgFAG ausgesprochen. Unterschiedliche Auffassungen bestehen aber hinsichtlich der notwendigen Finanzierung des Ansatzes: Während die Anzuhö-

renden sich klar für eine Finanzierung aus zusätzlichen Mitteln des Landes mittels eines weiteren Aufstockungsbetrages ausgesprochen haben, hat sich der Gesetzgeber mit dem Beschluss des Dritten Gesetzes zur Änderung des Brandenburgischen Finanzausgleichgesetzes zwar zu einer schrittweisen Abschaffung des sogenannten bisherigen Vorwegabzug in Höhe von 50 Millionen Euro bekannt und damit den Anspruch der Kommunen auf mehr Mittel aus dem Landeshaushalt grundsätzlich anerkannt. Mit dem Gesetz wurde jedoch keine Änderung des bestehenden Verteilmechanismus in Richtung einer bedarfsgerechteren Mittelauskehrung vorgenommen. Mit der Änderung der Ausgestaltung der Mittelauskehr soll ab dem 01.01.2014 ein erweiterter zusätzlicher Sozial- und Jugendhilfelastenausgleich eingeführt werden. Diese Änderung in der Mittelauskehr soll auch der Sicherung der Zukunftsfähigkeit des BbgFAG dienen: Denn es ist vom Gutachter Prof. Dr. Lenk im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens auch darauf hingewiesen worden, dass aufgrund der insgesamt sinkenden Mittel und zurückgehenden Finanzausstattung des Landes Brandenburg vorrangig die distributive Funktion des kommunalen Finanzausgleichs gestärkt werden muss, weniger die fiskalische. Dem Land Brandenburg werden in Zukunft weniger Finanzmittel als bislang zur Verfügung stehen. Ursache hierfür ist zum einen eine weniger dynamischen Entwicklung der Steuermehreinnahmen, da der demografische Wandel einen Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen zu erwarten lässt und sich damit auch die wirtschaftliche Dynamik in Brandenburg abschwächen könnte. Zum anderen werden wegen des demografischen Wandels neben einer Beeinflussung der eigenen Steuerkraft auch die Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich zurückgehen. Zudem läuft bis zum Jahr 2020 der Solidarpakt II aus und es ist derzeit davon auszugehen, dass diese für den „Aufbau Ost“ zur Verfügung gestellten Mittel in Gänze wegfallen werden. Daneben läuft 2020 die Möglichkeit der Speisung zusätzlicher Finanzbedarfe aus einer Kreditaufnahme des Landes aus, da die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse die Kreditfinanzierung nicht mehr als reguläres Mittel der Beschaffung der Finanzressourcen zulässt. Das Land – aber auch seine Kommunen – müssen sich diesen veränderten Finanzbedingungen stellen. Ab 2020 werden für das Land Brandenburg die Bedingungen eines im Ländervergleich eher finanzschwachen Bundeslandes gelten. Dies erfordert eine entsprechende Anpassung der in Brandenburg betriebenen Finanzpolitik. Die weniger werdenden Zusatzmittel des Landes können daher schon aufgrund der

schwieriger gewordenen Bedingungen daher nur noch vorrangig dort eingesetzt werden, wo der Finanzbedarf stärker als in anderen Bereichen einen entsprechenden Aufwuchs rechtfertigt. Insgesamt müssen sich aber auch die Brandenburgischen Kommunen der Herausforderung der sich ändernden Leistungsfähigkeit des Landes Brandenburg stellen. Das Land Brandenburg und seine Kommunen bilden hierbei eine unzertrennbare Einheit. Der vorliegende Gesetzentwurf soll daher mit der Einführung eines erweiterten zusätzlichen Sozial- und Jugendhilfelastenausgleiches die Stärkung der Distributionsfunktion des BbgFAG bewirken und dadurch die Zukunftsfähigkeit des Landes und seiner Kommunen sicherstellen.

Ferner hat Prof. Dr. Lenk in seinem Gutachten festgestellt, dass eine Ausweitung des 2011 in das BbgFAG integrierten Demografieansatz auf 5 Jahre zur Abfederung der Remanenzkosten von an Einwohnern schrumpfenden Kommunen vertretbar ist, ohne dass ihnen der Anpassungsdruck genommen wird. Der Gutachter hat daher eine Ausweitung auf diesen Zeitraum empfohlen. Dieser Empfehlung ist auch der FAG-Beirat mit Beschluss vom 16. Oktober 2012 gefolgt. Mit vorliegendem Gesetzentwurf wird diese Empfehlung von Gutachter und Beirat vom Gesetzgeber aufgegriffen und umgesetzt.

Im Zuge der Auswertung des Gutachtens von Prof. Dr. Lenk und der Anhörung zum Dritten Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes wurde auch vorgeschlagen, dass bei der Berechnung der Steuerkraftzahlen eine Rundung der Durchschnittshebesätze auf 5 von Hundert stattfinden sollte, um eine Systemabhängigkeit von der Hebesatzpolitik weniger Gemeinden zu vermeiden ohne den Wesensgehalt der Nivellierungshebesätze als sachgerechte und zielführende Finanzkraftnormierung auszuhöhlen. Mit dem Gesetzentwurf soll daher auch dieser Vorschlag umgesetzt werden. Gleichsam wird eine Empfehlung des FAG-Beirates aufgegriffen.

Darüber hinaus war im BbgFAG bis dato verpflichtend nur eine regelmäßige Symmetrieuntersuchung des vertikalen kommunalen Finanzausgleiches zwischen Land- und Kommunen und die Überprüfung der Hauptansatzstaffel vorgesehen. Die entsprechende horizontale Untersuchung zwischen den verschiedenen kommunalen Ebenen

wurde in der Praxis zwar vorgenommen, aber bislang ist sie im Gesetz nicht normiert. Mit vorliegendem Gesetzentwurf wird die bisherige Praxis rechtlich fixiert.

Zudem haben sich im Laufe der Jahre einige im BbgFAG getroffene Regelungen durch Zeitablauf bzw. durch andere gesetzliche Änderungen erledigt. Es bietet sich daher an, eine entsprechende Novelle des Gesetzes auch zur Entschlackung von entbehrlich gewordenen Regelungen zu nutzen und die Lesbarkeit und Handlichkeit des Gesetzes für den Anwender und interessierte Bürgerinnen und Bürger dadurch zu verbessern.

B. Lösung

Das Brandenburgische Finanzausgleichsgesetz wird entsprechend geändert.

C. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

Die Umsetzung der genannten Änderungen erfordert eine Änderung des BbgFAG.

II. Zweckmäßigkeit

Es besteht keine Alternative zur Änderung des BbgFAG

III. Auswirkungen auf Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Es entstehen keine neuen Standards oder Kosten. Insbesondere hat das vorliegende Gesetz keine Auswirkungen auf das Volumen des Landeshaushaltes, da lediglich eine horizontal wirkende Änderung der Mittelverteilung auf der kommunalen Ebene stattfindet.

D. Zuständigkeiten

Ministerium der Finanzen.

Viertes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes

Vom...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes

Das Brandenburgische Finanzausgleichsgesetz vom 29. Juni 2004 (GVBl. I S. 262), das zuletzt durch Gesetz vom 18. Dezember 2012 (GVBl. I Nr. 43) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 15 wie folgt gefasst:

„§ 15

Sozial- und Jugendhilfelastenausgleich“.

2. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 wird aufgehoben.
- b) Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden die Absätze 3 und 4.
- c) Der bisherige Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach der Angabe „Absatz 1“ die Wörter „und die Hundertsätze nach § 5 Absatz 3“ und nach dem Wort „Kommunen“ die Wörter „und im Hinblick auf die gebotene proportionale Verteilung zwischen den kommunalen Ebenen“ eingefügt.

bb) Nach Satz 3 wird folgender Satz 4 angefügt:

„Ferner unterbreitet die Landesregierung einen Vorschlag zur Änderung der Verteilungssätze gemäß § 5 Absatz 3 mit Wirkung ab dem die Feststellung betreffenden folgendem Jahr, wenn sich aus dem Ergebnis der Prüfung ein entsprechender Anpassungsbedarf der interkommunalen Verteilungssätze ergibt.“

3. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 3 wird aufgehoben.

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Der Finanzausgleichsmasse werden zur Finanzierung des Sozial- und Jugendhilfelastenausgleichs gemäß § 15 Absatz 2 in Zusammenhang mit der Stärkung der Finanzausgleichsmasse durch die Rückführung der Minderung gemäß § 3 Absatz 2 für das Ausgleichsjahr 2014 10 000 000 Euro und ab dem Ausgleichsjahr 2015 20 000 000 Euro jährlich entnommen.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und wird wie folgt geändert:

Nach der Angabe „Absatz 1“ wird die Angabe „und 2“ eingefügt.

4. § 9 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Nummer 1 und 2 wird wie folgt gefasst:

- „1. als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Grundsteuer A) sowie von den Grundstücken (Grundsteuer B) die nach Absatz 3 ermittelten Grundbeträge, vervielfältigt mit dem in Absatz 4 beschriebenen Nivellierungshebesatz der jeweiligen Steuerart;
2. als Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer die nach Absatz 3 ermittelten Grundbeträge, vervielfältigt mit dem in Absatz 4 beschriebenen Nivellierungshebesatz der Gewerbesteuer und vermindert um die Gewerbesteuerumlage für das vorvergangene Jahr;“.

b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Der Nivellierungshebesatz ist der gewogene Durchschnittshebesatz aller Gemeinden der jeweiligen Steuerart, abgerundet auf den nächsten ohne Rest durch fünf teilbaren Hebesatz, sofern der gewogene Durchschnittshebesatz nicht ohne Rest durch fünf teilbar ist. Der gewogene Durchschnittshebesatz aller Gemeinden für die Grundsteuern (Absatz 2 Nummer 1) und für die Gewerbesteuer (Absatz 2 Nummer 2) wird in Form eines Hundertsatzes ermittelt, indem für die jeweilige Steuer die Summe der Ist-Aufkommen aller Gemeinden des vorvergangenen Jahres nach der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen mit 100 vervielfacht und durch die Summe der nach Absatz 3 berechneten Grundbeträge aller Gemeinden geteilt wird. Im Fall des Absatzes 3 Satz 3 wird der gewogene Durchschnittshebesatz der Ortsteile einer Gemeinde in entsprechender Weise gebildet.“

5. § 15 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst

„§ 15

„Sozial- und Jugendhilfelausgleich“.

b) Der Wortlaut wird Absatz 1.

c) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Zur Abmilderung oder zum Ausgleich besonderer Belastungen im Bereich der Jugendhilfe wird den Landkreisen und kreisfreien Städten als Aufgabenträgern von Leistungen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch ein Sonderlastenausgleich gewährt, dessen Höhe sich aus § 5 Absatz 2 ergibt. Die Verteilung des Gesamtbetrages erfolgt jeweils zu einem Drittel nach den folgenden Maßstäben:

1. nach dem auf den Aufgabenträgern entfallenden Anteil der Summe der Fälle aller Aufgabenträger in Brandenburg bei den Hilfen und Beratungen für junge Menschen und Familien gemäß §§ 27 bis 35 und 35a des Achten Buches Sozialgesetzbuch zum 31. Dezember des vorvergangenen Jahres nach der amtlichen Jugendhilfestatistik;
2. nach dem auf den Aufgabenträger entfallenden Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahren im Land Brandenburg zum 31. Dezember des vorvergangenen Jahres nach der amtlichen Bevölkerungsstatistik. § 20 Satz 2 findet keine Anwendung;
3. nach dem Anteil des Aufgabenträgers an der Summe der für jeden Aufgabenträger ermittelten Relation der Personen unter 18 Jahren in Bedarfsgemeinschaften im Jahresdurchschnitt des vorvergangenen Jahres nach der Statistik der Bundesagentur für Arbeit zur Bevölkerung unter 18 Jahren am 31. Dezember des vorvergangenen Jahres nach der amtlichen Bevölkerungsstatistik.“

6. In § 17 Absatz 4 wird die Angabe „§ 3 Absatz 4“ durch die Angabe „§ 3 Absatz 3“ ersetzt.

7. Dem § 19 Absatz 2 werden folgende Sätze angefügt:

„Die Zuweisungen nach § 15 Absatz 2 sind vom Ministerium der Finanzen unverzüglich nach Vorliegen der für die Bemessung erforderlichen Daten festzusetzen. Auf die Zuweisungen nach § 15 Absatz 2 erhalten die kommunalen Aufgabenträger bis zum 15. Kalendertag des zweiten Monates eines Quartals Abschlagszahlungen. Die geleisteten Abschlagszahlungen werden mit der end-

gültigen Festsetzung verrechnet. Zuviel erhaltene Abschläge werden zurückgefordert oder mit entsprechenden Zahlungen nachfolgender Zeiträume verrechnet.“

8. § 20 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Ist der Durchschnitt der fortgeschriebenen Einwohnerzahlen der amtlichen Statistik zum 31. Dezember des vorvergangenen Jahres und der vorhergehenden vier Jahre höher als die Einwohnerzahl nach Satz 1, ist diese durchschnittliche Einwohnerzahl maßgeblich.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Artikel 1 Nummer 2 Buchstabe a und b sowie Nummer 6 tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.

Im Übrigen tritt dieses Gesetz am 1. Januar 2014 in Kraft.

Potsdam, den

Der Präsident des Landtages Brandenburg

Gunter Fritsch

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Der seit 2005 im BbgFAG geregelte kommunale Finanzausgleich hat sich grundsätzlich bewährt und stellt ein funktionierendes System einer gerechten Finanzmittelverteilung zwischen dem Land und seinen Kommunen dar. Dies drückt sich insbesondere dadurch aus, dass der kommunale Finanzbedarf aus dem jeweiligen Landeshaushalt in Brandenburg besser abgedeckt wird als dies in anderen Bundesländern der Fall ist. Die Brandenburgischen Kommunen haben daher einen angemessenen und auskömmlichen Anteil an den Finanzmitteln des Landes: Wie aus der im Februar 2013 herausgegebenen Übersicht des Bundesfinanzministeriums mit dem Titel „Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2012“ (vorläufiges Ergebnis) und zusätzlichen Berechnungen gestützt auf die Datenerhebungen des statistischen Bundesamtes hervorgeht, haben die Brandenburgischen Kommunen als „Zuweisungen an die Gemeinden“ im Jahre 2012 3.021,1 Mio. € aus dem Landeshaushalt erhalten. Dies entspricht einem Anteil von 29,92% am Gesamtausgabenvolumen des Landes. Die Brandenburgischen Kommunen haben damit - an den vom Bundesfinanzministerium über diese Position erfassten Ausgaben - den im Ländervergleich höchsten Anteil am jeweiligen Landeshaushalt. Brandenburgs Kommunen lagen 2012 damit vor den niedersächsischen Kommunen (25,49%), den Kommunen des Landes Mecklenburg-Vorpommern (24,77%) und den Kommunen des Landes Schleswig-Holstein (24,73%). Der Anteil der Kommunen am jeweiligen Landeshaushalt war damit in etwa doppelt so hoch wie in Bayern (18,32%), in Hessen (17,65%) oder im Saarland (14,14%). Auch gemessen an den absoluten Zuweisungen aus dem Landeshaushalt an die Kommunen (Zuweisungen pro Einwohnerin bzw. pro Einwohner) belegten die Kommunen des Landes Brandenburg mit 1.2010,55 € pro Kopf deutschlandweit den Spitzenplatz. Sie liegen damit vor den pro Kopf Zuweisungen aus dem jeweiligen Landeshaushalt an die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern (1075,46 €), Thüringen (957,27 €) und in Sachsen-Anhalt (952,80 €). Die Zuweisungen lagen damit auch pro Kopf im Ländervergleich deutlich höher als dies in Hessen (639,28 €), in Bayern (637,42 €) oder dem Saarland (550,65 €) der Fall war.

Das Land Brandenburg erkennt bei diesem Vergleich nicht, dass ein derartiger Vergleich eng mit dem den Kommunen vom Land übertragenen Aufgabenvolumen zusammen zu

betrachten wäre. Wenn mehr Landesaufgaben als anderswo kommunalisiert sind, so rechtfertigt und zwingt dieses auch dazu, den Kommunen einen entsprechend höheren Anteil der Finanzdecke des Landes zur Verfügung zu stellen. Zudem rechtfertigt sich ein höherer kommunaler Anteil – wie auch in den anderen ostdeutschen Bundesländer – aus der örtlichen Strukturschwäche, welche eine Durchreichung der dazu zur Verfügung stehenden entsprechenden Volumina aus den Ausgleichssystemen bedingen. Dennoch lassen sich aus diesen Vergleichszahlen Trendaussagen zur entsprechenden finanziellen Beteiligung der Kommunen an der dem Land selbst zur Verfügung stehenden Finanzmasse ableiten. Das Land Brandenburg tendiert in diesem Zusammenhang zu einer kommunalfreundlichen Ausgestaltung seiner Ausgabenpolitik.

Zudem haben sich auch die eigenen Einnahmen der Kommunen in den letzten Jahren wegen der dynamischen Wirtschaftsentwicklung im Land Brandenburg positiv entwickelt. Zwar gab es wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise einen entsprechenden Einbruch bei den eigenen Einnahmen. Diesem Einbruch war jedoch auch das Land selbst bei seiner Einnahmeentwicklung ausgesetzt. Zudem konnte dieser Einnahmeeinbruch durch die an die Krise anschließende positive Wirtschaftsentwicklung wieder weitgehend überwunden werden.

Der Landtag Brandenburg bestätigt daher seine bereits mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes zum Ausdruck gebrachte Erkenntnis, dass die den Kommunen vom Land gewährten Finanzmittel unter Berücksichtigung der jeweiligen Leistungsfähigkeit ausreichend sind, um den verfassungsrechtlich garantierten Anspruch der Kommunen zu erfüllen. Eine weitere Verzerrung der Finanzdecke des Landes zu Gunsten der kommunalen Ebene wird sich in Zukunft wegen der verpflichtenden Beachtung der Schuldenbremse des Grundgesetzes und der dem Land kaum individuell steuerbaren Generierung von Einnahmemöglichkeiten unweigerlich in Form eines gekürzten Leistungsangebotes des Landes bemerkbar machen müssen. Da die „Landesbürgerinnen“ und „Landesbürger“ auch gleichzeitig Bürgerinnen und Bürger der jeweiligen Kommune des Landes sind, spüren sie eine Verschiebung der jeweiligen Finanzdecke zwischen Landes- und kommunaler Ebene in jedem Fall.

Dass die Brandenburgischen Kommunen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln generell gut wirtschaften und effizient umgehen, zeigt sich auch an der im Ländervergleich unterdurchschnittlichen Kassenkreditbelastung der Kommunen: Brandenburgs Kommunen waren trotz einer im Ländervergleich schwächeren eigenen wirtschaftlichen Basis, trotz höherer Personalkosten als im Bundesdurchschnitt und trotz im Verhältnis zu anderen Ländern in Brandenburg geltenden relativ niedrigen durchschnittlichen kommunalen Steuersätzen - vor allem bei den Gewerbesteuern - besser als die Kommunen vieler anderer Länder in der Lage, ihre Liquidität zu sichern und die Haushalte mit den ihnen zur Verfügung stehenden Finanzmitteln auszugleichen. Die Kassenkreditbelastung der Brandenburgischen Kommunen pro Einwohnerin bzw. pro Einwohner lag (zum 31.12.2011) mit 321 € zwar über dem Schnitt der „neuen Länder“ (190 €) aber sie lag deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (589 €) und deutlich unter dem Schnitt der alten Länder (670 €). Insgesamt betrachtet erscheint daher auch die Schuldensituation der Kommunen in Brandenburg bei der Betrachtung der Liquiditätsverschuldung im Ländervergleich relativ solide.

Dieser Ländervergleich kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die kommunale Verschuldungssituation in Brandenburg relativ ungleich verteilt ist: Während die Verschuldung der kreisangehörigen Gemeinden im Durchschnitt relativ niedrig ist und Kassenkreditbelastungen allenfalls in Einzelfällen als regional wahrnehmbare selektive Problemlagen weniger kreisangehöriger Städte Ämter und Gemeinden auftreten, sind derzeit etwa die Hälfte der Brandenburgischen Landkreise mit spürbaren und drei der vier kreisfreien Städte sogar in erheblicher Weise mit Kassenkrediten belastet. Diese haben trotz eigener Sparbemühungen entsprechend größere Probleme, den individuellen Haushaltsausgleich zu bewerkstelligen. Eine Kassenkreditbelastung der Kommunen ist daher tendenziell eher auf derjenigen kommunalen Ebene feststellbar, die mit den grundsätzlich auf Kreisebene wahrzunehmenden Aufgaben belastet ist, wobei auch hier gerade bei den Landkreisen regional sehr bedeutsame Unterschiede konstatiert werden können. Diese Unterschiede legen einen Zusammenhang mit eigener Strukturschwäche und Belastung mit Soziallasten nahe. Zur Liquiditätssicherung der Landkreise mussten zudem die Kreisumlagen in den letzten Jahren in vielen Landkreisen erhöht werden. Weitere Erhöhungen werden derzeit diskutiert. In einigen Landkreisen – meist gerade genau dort, wo überdurchschnittlich hohe Soziallasten anfallen - erreicht die Kreisumlage fast das Niveau

von 50%, das von der Rspr. gemeinhin als noch vertretbar und zulässig angesehen wird. Indirekt werden in diesen Landkreisen daher auch die jeweiligen kreisangehörigen Städte und Gemeinden zur Ausfinanzierung der Soziallasten stärker als in den jeweilig strukturstärkeren Landkreisen herangezogen.

Die Landkreise nutzten damit zu ihrer Liquiditätssicherung ein Instrument, das den kreisfreien Städten nicht zur Verfügung steht. Die kreisfreien Städte können zur Refinanzierung von Kreisaufgaben nicht die Kreisumlage anheben, sondern sind durch eine entsprechende Abdeckung des Finanzbedarfes über die überörtlichen Ausgleichssysteme umso stärker angewiesen.

Diese regional sehr differenzierte Entwicklung deutet darauf hin, dass es in den letzten Jahren zwar zu keinerlei Unterfinanzierung der kommunalen Ebene durch das Land an sich gekommen ist. Die Finanzdecke ist insgesamt groß genug, aber regionale Disproportionalitäten zwischen den einzelnen kommunalen Ebenen sind konstatierbar, die den Gesetzgeber aufgrund des Gebotes der Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes zu einer verstärkten Beobachtung und ggf. regulierendem Eingreifen zwingen, wenn sich diese Disproportionalitäten als nicht mit rein kommunal beeinflussbaren Mitteln behebbar herausstellen. Daher hat schon Prof. Dr. Vesper in seinem Symmetriegutachten für die Ausgleichsjahre 2005 bis 2008 eine Stärkung der kreisfreien Städte empfohlen, dem der Gesetzgeber mit der Erhöhung der Hauptansatzstaffel von 145 auf 150% bereits zum 01.01.2011 auch gefolgt ist. Explizit wurde dieses auch mit den zu tragenden überdurchschnittlichen Soziallasten begründet.

Dieser Schritt hat bereits eine spürbare Steigerung der Mittelzufuhr an die kreisfreien Städte bewirkt. Eine darüber hinausgehende gezielte Stärkung der kreisfreien Städte und Landkreise wegen der Wahrnehmung der Aufgabe der Sozialen Sicherung und Jugendhilfe wird auch teilweise erneut durch die Gutachten von Prof. Dr. Lenk „Finanzwissenschaftliches Gutachten zur Fortschreibung des Kommunalen Finanzausgleichs in Brandenburg“ vom März 2012 und von Prof. Dr. Junkernheinrich „Finanzausgleichsdotation und Sozialausgaben“ vom Januar 2012 nahegelegt, auch wenn die Gutachter wegen fehlender Erkenntnismöglichkeiten aufgrund der Doppikumstellung nicht zu konkreten Forderungen und Systemempfehlungen in der Lage waren. Dennoch lassen sich aus diesen Gutachten

wesentliche Erkenntnisse ableiten, die einen Eingriff in die horizontale Verteilungswirkung des BbgFAG rechtfertigen. Denn es stieg schon das relative Gewicht der Sozial- und Jugendhilfe an den gesamten Zuschussbedarfen (nach Abzug aller zweckgebundener Zusatzmittel) aus den kommunalen Haushalten in Brandenburg von 31% im Jahr 2000 auf 47% im Jahr 2009 an. Sowohl die Kreisebene als auch die kreisfreien Städte in Wahrnehmung von Kreisaufgaben waren daher besonders von dieser Entwicklung der Zuschussbedarfe betroffen. Diese Zunahme des relativen Zuschussbedarfes korreliert aber auch mit feststellbaren Entlastungen auf anderen Ebenen und in anderen Bereichen. So sind z. B. durch den Rückgang der Schülerzahlen in den letzten Jahren die notwendigen Aufwendungen für diese Aufgabe tendenziell eher gesunken. Eine derartige Änderung der kommunalen Belastungen im Laufe der Jahre zwingt zu einer Analyse, ob nicht nur die horizontale, sondern auch insbesondere die vertikale Finanzmittelverteilung über das BbgFAG hiermit korreliert: Wenn signifikante Kostensteigerungen für bestimmte Aufgaben entsprechenden Entlastungen bei anderen Aufgaben entgegen stehen, so rechtfertigt dieses jedenfalls, dass der Gesetzgeber von ihm aus dem eigenen Haushalt bereitgestellte Zusatzmittel vorrangig nur an die durch die Kostensteigerungen betroffenen Aufgabenträger auskehrt und nicht ausschließlich zur Stärkung der Finanzkraft aller einsetzt. Das Gebot der interkommunalen Solidarität beinhaltet auch eine Verpflichtung, dass zur Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen vorrangig entsprechende besondere Bedarfe bedient werden, statt dass entsprechende Zusatzmittel dazu verwendet werden, die allgemeine Finanzkraft aller etwa über Aufwüchse bei der Schlüsselmasse zu verbessern. Wegen nicht ausreichender eigener Mittel und der erheblichen Unterschiede in der Steuerkraft zwischen den einzelnen Gemeinden ist eine kommunale Aufgabenerfüllung auf relativ gleichmäßigem Niveau in der Gesamtheit aller Gemeinden/Landkreise vom Gesetzgeber gewährleistet.

Denn es besteht auch bei regionalen Unterschieden, die von den Kommunen selbst nur sehr wenig beeinflussbar sind, ein Anspruch darauf, dass diejenigen besser mit Finanzmitteln bedient werden, die entsprechend höhere Belastungen haben. Eine Gleichbehandlung aller durch die Stärkung der allgemeinen Finanzmasse ist in diesem Bereich nur sehr begrenzt gerechtfertigt. Wie aus den Gutachten von Prof. Dr. Junkernheinrich und Prof. Dr. Lenk weiterhin hervorgeht, sind auch die individuellen Kostenbelastungen der Aufgaben der Sozialen Sicherung und der Jugendhilfe regional sehr unterschiedlich verteilt. Die Zu-

schussbedarfe im Bereich der Sozialen Sicherung aus dem jeweiligen kommunalen Haushalt schwankten z. B. im Jahr 2009 zwischen 290,71 € pro Ew. im Landkreis Potsdam-Mittelmark und 608,38 € Pro Ew. in der Stadt Frankfurt/ Oder. Da es sich hierbei maßgeblich um bundesgesetzlich geregelte Leistungen handelt, ist die Höhe der Zuschussbedarfe durch die Aufgabenträger nur sehr begrenzt individuell steuerbar. Auch hier gebietet es das Gebot der interkommunalen Solidarität, dass die Mittelauskehr durch den kommunalen Finanzausgleich derartige regionale Disparitäten stärker abbildet und dem besonderen regionalen Bedarf durch eine an ihm orientierte Zuweisung der Finanzmittel Rechnung trägt.

Das vorliegende Gesetz sieht aus diesem Grund eine Änderung des Auskehrmechanismus gegenüber dem bereits mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes beschlossenen Auskehrmechanismus vor. Statt einer flächendeckenden Stärkung der Finanzkraft, sollen ab dem 01.01.2014 jeweils die Mittel aus der schrittweisen Rückführung des Vorwegabzuges in 2014 und 2015 i.H.v. 10 Millionen Euro vorrangig zur Ausfinanzierung von Sozial- und Jugendhilfelasten eingesetzt werden. Hierbei soll niemand schlechter gestellt werden. Die bereits zum 01.01.2013 wirksame Stärkung der Finanzmasse um 20 Millionen Euro aus der Rückführung des Vorwegabzuges steht nach wie vor allen Kommunen zur Verfügung. Mit dem Gesetz wird beim Abbau des Vorwegabzuges lediglich der Verteilmechanismus für diejenigen Mittel angepasst, die ab dem 01.01.2014 an die Kommunen zurück geführt werden. Insofern wird durch die Anpassung niemand schlechter gestellt.

Das Land Brandenburg gleicht seinen kommunalen Finanzausgleich damit einem allgemeinen in der Bundesrepublik beobachtbaren Trend an. Denn die Kommunen mussten in den letzten Jahren durch eine entsprechend geänderte Ausgestaltung der in der Bundesrepublik Deutschland betriebenen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik flächendeckend gestiegene Lasten im Sozial- und Jugendhilfebereich schultern. In der gesamten Bundesrepublik lässt sich beobachten, dass die kommunalen Finanzausgleichssysteme dieser Entwicklung Rechnung getragen haben, indem auch in den meisten anderen Bundesländern die kommunalen Finanzausgleichssysteme daher in den letzten Jahren stärker in Richtung der Berücksichtigung eines an den individuell zu tragenden Soziallasten umorientierten Bedarfes ausgestaltet worden sind: Das Land Brandenburg hat diesem bereits sehr frühzeitig mit dem im § 15 BbgFAG verankerten Soziallastenausgleich Rechnung getragen. Doch

beschränkt es sich nunmehr nicht mehr nur darauf, die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel entsprechend dem örtlichen/regionalen Bedarf durchzureichen. Der bewährte Soziallastenausgleich wird mit diesem Gesetz ergänzt und regional unterschiedliche Jugendhilfelasten erstmals bei der Mittelauskehr durch das Land mitberücksichtigt. Hierdurch wird zu Gunsten der Landkreise und kreisfreien Städte als jeweilige Aufgabenträger auf die geänderten Bedarfe reagiert.

Dessen ungeachtet ist das Land Brandenburg auch in der Vergangenheit seiner entsprechenden Verpflichtung und Fürsorgepflicht gegenüber seinen Kommunen nachgekommen, in dem es sich auf Bundesebene erfolgreich für eine weitere Entlastung der Kommunen von diesen hohen Sozialen Lasten eingesetzt hat. Die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund wird ab dem 01.01.2014 zu Entlastungen der kommunalen Haushalte führen. In den nächsten Jahren ist mit der Verrentung vieler Personen zu rechnen, die aufgrund der schwierigen arbeitsmarktlichen Bedingungen nach 1989 über gestörte Erwerbsbiografien verfügen und nur sehr geringe Rentenansprüche aufbauen konnten. Sie haben daher Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter. Die erfolgreich durchgesetzte Übernahme dieser Kosten durch den Bund hat die brandenburgischen Kommunen vor dieser beträchtlichen Zukunftslast bewahrt. Darüber hinaus sollte sich das Land Brandenburg nach Auffassung des Landtages auch im Zusammenhang um die Diskussionen des zukünftigen Länderfinanzausgleichs dafür stark machen, dass regional überproportionale Soziallasten bei der Verteilung der Finanzmittel eine größere Rolle spielen müssen, wenn der Bund nicht selbst die Aufgabe wahrnimmt.

Der vorliegende Gesetzentwurf dient neben der Stärkung der Landkreise auch der weiteren Stärkung der kreisfreien Städte. Sie profitieren von einer Mittelauskehr gemessen an den individuell zu tragenden Sozial- bzw. Jugendhilfelasten sogar überproportional, da sie auch entsprechend überdurchschnittliche Lasten zu tragen haben. Der Gesetzgeber hat bereits – wie dargestellt – zur besonderen Unterstützung der kreisfreien Städte in den letzten Jahren regulierend in das kommunale Finanzausgleichssystem eingegriffen, indem u. a. die Hauptansatzstaffel (Einwohnerveredelung) erhöht wurde.

Des Weiteren soll mit dem Gesetzentwurf auf den im Land weiter anhaltenden demografischen Wandel eingegangen werden. Innerhalb des Landes treten auch zwischen den

Kommunen mittlerweile sehr starke regionale Disproportionalitäten und Entwicklungen auf: Im engeren Verflechtungsraum um die Bundeshauptstadt Berlin herum kann ein Zuwachs an Einwohnerinnen und Einwohnern in vielen Städten und Gemeinden konstatiert werden. Dagegen hält der bereits seit einigen Jahren zu beachtende Trend des Einwohnerrückgangs in den ländlicheren Regionen des Landes einschließlich der bundeshauptstadtferneren kreisfreien Städte unvermindert an und wird sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen. 267 Kommunen profitieren derzeit bereits von dem 2011 ins BbgFAG implementierten Demografiefaktor, während 158 durch ihn belastet werden. Bei den Landkreisen sind jeweils 7 entweder vom Einwohnerzuwachs oder von einem Einwohnerrückgang entsprechend betroffen. Mit der Ausweitung des Demografiefaktors soll allen von Einwohnerrückgängen betroffenen Kommunen gegenüber dem bereits 2011 eingeführten Korridor noch etwas mehr Zeit für die haushaltstechnische Anpassung und der damit verbundenen Anpassung der örtlichen Strukturen an ein geringeres Finanzvolumen verschaffen, aber auch die mit diesem Gesetz vorgenommene weitere Ausweitung kann und darf jedoch diese Anpassung an die Entwicklung nicht ersetzen.

Eine allzu weite Ausweitung des demografischen Faktors würde eine Abkehr vom Gebot der notwendigen interkommunalen Gleichbehandlung zwischen allen Bürgerinnen und Bürgern zur Folge haben. Grundsätzlich kann die Bürgerin bzw. der Bürger von der Kommune, in der er konkret wohnt, berechtigterweise erwarten, dass sie ihm individuell gleichwertige Lebensbedingungen wie im Rest des Landes bietet. Dieses Prinzip wird jedoch dann verletzt, wenn über einen allzu sehr ausgeweiteten Demografiefaktor Geldmittel dauerhaft an „fiktive“ und „ehemalige“ Einwohnerinnen und Einwohner verteilt werden, obwohl die damit finanzierten Angebote und Leistungen gar nicht in Anspruch genommen werden, während andere Kommunen trotz eines regional bestehenden Bedarfes an der Vorhaltung bzw. Schaffung exakt dieser Angebote mangels Befriedigung ihres Finanzbedarfes durch das Land durch die vorrangige Bedienung der anderen Kommunen konkret gehindert werden. Das Ziel des Erhaltes „gleichwertiger“ Lebensbedingungen heißt nicht, dass diese Lebensbedingungen nicht mehr vorhandenen Einwohnern geboten werden müssen, sondern gilt auch für bestehende, bzw. hinzukommende Einwohnerinnen und Einwohner.

Der Landtag des Landes Brandenburg hält daher eine Ausweitung des demografischen Faktors von drei auf fünf Jahre als Kompromiss zwischen diesen widerstreitenden Interessen für vertretbar und geboten.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Zu Nummer 2 a) und b)

Die Änderung dient der leichteren Lesbarkeit des Gesetzes. Da mit der Annahme des Dritten Gesetzes zur Änderung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes die schrittweise Abschmelzung des bisherigen Eingriffes in die Verbundmasse beschlossen worden ist, entfällt dieser Eingriff ab 2016 komplett. Insofern ergibt es keinen Sinn mehr, diesen ab 2016 nicht mehr vorhandenen Eingriff im Rahmen der Symmetrieuntersuchung zu überprüfen.

Zu Nummer 2c)

Diese Änderung soll eine bisher in Brandenburg praktizierte Rechtspraxis auch gesetzlich fixieren: Im FAG ist bislang nur die regelmäßige Überprüfung des vertikalen Finanzausgleichs und die Überprüfung der Hauptansatzstaffel nach § 8 Abs. 3 explizit gesetzlich fixiert. In der Praxis wurde im Zuge der regelmäßigen Symmetrieuntersuchung des vertikalen Finanzausgleiches zwar auch der horizontale Finanzausgleich – insbesondere auch die Ausgleichssätze gemäß § 5 Abs. 2 – überprüft, gesetzlich fixiert war dieses Verfahren jedoch anders als die vertikale Überprüfung bislang nicht. Der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz (Urt. vom 14. Februar 2012, Az. VGH N 3/11) hat für den dortigen kommunalen Finanzausgleich noch einmal klargestellt, dass das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung bei der Gestaltung des horizontalen Finanzausgleiches verletzt ist, wenn der Gesetzgeber nicht auch den horizontalen kommunalen Finanzausgleich in regelmäßigen Abständen auf Ungleichgewichte hin überprüft und im Bedarfsfall anpasst. Diese Pflicht dürfte trotz der regionalen Begrenztheit der Rechtswirkung des Urteils auf das Land Rheinland-Pfalz jedoch auch für den Gesetzgeber in Brandenburg bestehen, da

der hiesige Gesetzgeber in gleicher Weise das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung zu erfüllen hat.

Diese Überprüfung ist auch zweckmäßig, da auch in Brandenburg in der Vergangenheit bereits beobachtet werden konnte, dass es infolge geänderter Bedarfe bei der Aufgabenwahrnehmung zu erheblichen Kostenverschiebungen zwischen den kommunalen Ebenen kommen kann. Mit der Änderung wird zudem klargestellt, dass die Symmetrieuntersuchung nur dann den gesetzlichen Anforderungen genügt, wenn sie eine explizite Untersuchung auf horizontaler Ebene der Angemessenheit der Ausstattung der Ebenen der kreisangehörigen Gemeinden und der Kreisebene bzw. kreisfreie Städte bei der Wahrnehmung von Kreisaufgaben enthält.

§ 3 Absatz 4 Satz 4 (neu) soll dabei klarstellen, dass eine Anpassung der interkommunalen Verteilungssätze noch nicht im laufenden, sondern erst im auf die Feststellung folgenden Jahr erfolgen kann. Hier ist das Gebot der Verlässlichkeit der Haushaltsführung zu beachten.

Zu Nummer 3a)

Diese Streichung dient der einfachen Lesbarkeit des Gesetzes. Die Regelung hat sich durch Zeitablauf erübrigt, da diese Entnahme aus der Finanzausgleichsmasse auf das Jahr 2011 beschränkt war.

Zu Nummer 3b) und Nummer 5.

Die Regelung dient der konkreten Implementierung der Erweiterung des Soziallastenausgleichs zu einem Sozial- und Jugendhilfelastenausgleich. Da diese Aufgaben von der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte wahrgenommen wird, belasten diese Kostensteigerungen nahezu ausschließlich diese kommunalen Gebietskörperschaften im besonderen Maße. Für überdurchschnittliche hohe Soziallasten erfolgt bereits wie angesprochen eine bedarfsgerechte Unterstützung der Träger aus Bundesmitteln, die nach bewährtem Muster auch weiterhin über § 15 Abs. 1 an die Träger durchgereicht werden sollen. Zudem wurden auf Bundesebene unter Zustimmung des Landes Brandenburg tiefgreifende Maßnahmen zur Entlastung der Kommunen von den hohen Soziallasten beschlossen. Bereits ab 2012 wirkt sich die Erhöhung der Bundesbeteiligung nach § 46a SGB XII von 15 auf

45% positiv auf die kommunalen Haushalte aus, 2013 steigt diese Erstattung auf 75% weiter an. Ab 2014 übernimmt der Bund die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sogar in voller Höhe. Zudem haben sich die für die Soziale Sicherung notwendigen Aufwendungen in den letzten Jahren zwar signifikant erhöht, aber seit 2009 ist ein Abschwächen dieser Entwicklung zu beobachten gewesen. Insofern hat der Gesetzgeber in diesem Bereich bereits gehandelt. Das Land wird seiner Verantwortung gegenüber den Kommunen auch weiterhin dadurch nachkommen, dass es im Bundesrat sich für eine entsprechende Entlastung der Kommunen von den Soziallasten und für eine Sicherung der allgemeinen finanziellen Leistungsfähigkeit einsetzt.

Die Kostensteigerungen im Bereich der Jugendhilfe wurden bislang vom Soziallastenausgleich jedoch nicht berücksichtigt. Wie bei den Sozialhilfelasten offenbart sich auch eine regional sehr differenzierte Verteilung der Lasten auf die unterschiedlichen Träger, der eine pauschale Mittelbereitstellung über den Schlüsselzuweisungsansatz nicht Rechnung trägt. Um eine bedarfsgerechte Entlastung der von den Kostensteigerungen betroffenen Landkreise und kreisfreien Städte zu erreichen, soll daher der bisherige Soziallastenausgleich um einen Jugendhilfelastenausgleich ergänzt werden. Der für die Mittelauskehr vorgeschlagene Verteilungsmechanismus, der sich an drei Parametern orientiert, wurde in einer speziellen Arbeitsgruppe im FAG-Beirat erarbeitet und stellt sicher, dass die Mittelverteilung nicht einseitig an den tatsächlichen Ausgaben erfolgt, sondern durch eine Teilauskehr an Fallzahlen orientiert ein Leistungsanreiz zur effizienten Leistungserfüllung durch die jeweiligen Kommunen bestehen bleibt, zumal mit dem Jugendhilfelastenausgleich auch keine Vollkostenerstattung erfolgen soll. Denn die Aufgabe bleibt grundsätzlich auch weiterhin eine kommunale Selbstverwaltungsaufgabe. Der konkret im Gesetz geregelte Verteilmechanismus stellt jedoch die bedarfsorientierte Mittelauskehr unter Berücksichtigung der individuellen Lasten sicher: Wie eine Proberechnung der Verteilung von 20 Mio. € auf Basis einer Modellberechnung des Brandenburgischen Finanzministeriums für fiktive Orientierungsdaten für die jeweiligen Schlüsselzuweisungen für das Jahr 2012 belegt, profitieren die kreisfreien Städte mit durchschnittlich 11,09 € pro Ew. zusätzlichen Finanzausweisungen von der Regelung, wobei diese Zuweisungen regional zwischen 7,54 € und 15,58 € schwanken. Die Landkreise erhalten im Durchschnitt 7,44 € je Ew. mehr, wobei der Vorteil auch hier regional zwischen 5,72 € und 9,97 € schwankt. Da die Speisung der Zuweisungen aus den zusätzlich bereitgestellten Leistungen des Landes an

die Kommunen erfolgt, werden die kreisangehörigen Gemeinden nicht durch die Einföhrung des Faktors belastet. Der Gesetzgeber baut bei seiner Auswahlentscheidung für einen Verteilmechanismus bewusst auf die Diskussionen im FAG-Beirat auf und hat von den diskutierten Modellen den hinsichtlich der am meisten betroffenen Kommunen wirksamsten Verteilmechanismus gewählt. Allerdings soll dieser Verteilmechanismus unter dem Vorbehalt stehen, dass er hinsichtlich seiner Wirksamkeit Bestandteil der nächsten Symmetrieüberprüfung ist und vom Gesetzgeber als Reaktion auf die Begutachtung gegebenenfalls durch einen besser geeigneten Verteilmechanismus ersetzt wird, welcher der Distributivfunktion in noch geeigneter Form nachkommt.

Das Land Brandenburg kommt damit wie dargestellt seiner grundsätzlichen Verantwortung der Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit der betroffenen Kommunen dahingehend nach, dass mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes der Vorwegabzug gemäß § 3 Abs. 2 schrittweise abgeschafft wird und die Finanzkraft der Brandenburgischen Kommunen damit schrittweise um insgesamt 50 Mio. € gestärkt wird. Hiervon stehen bereits 20 Mio. € jährlich zusätzlich ab dem 01.01.2013 den Kommunen zur Verfügung, die jedoch über das System der allgemeinen Schlüsselzuweisungen an die Kommunen ausgekehrt werden, womit auch die Kommunen von dieser Zuföhrung bereits profitierten, bei denen der erhöhte Bedarf nicht durch eine Steigerung höherer Zuschussbedarfe zur Bewältigung der Aufgabe der Sozialen Sicherung und der Jugendhilfe nachgewiesen werden konnte. Mit der neu in § 5 Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Absatz 2 BbgFAG vorgenommenen Zweckbindung der in den nächsten Jahren durch die schrittweise Rückföhrung des Vorwegabzugs hinzukommenden Mittel soll ab dem 01.01.2014 die Distributionsfunktion gestärkt werden. Damit wird vermieden, dass die Speisung des Jugendhilfelastenausgleiches zu Lasten der anderen Kommunen geschieht, da durch den allgemeinen Zuwachs lediglich ein Verzicht auf eine weitere Besserstellung erfolgt. Insofern erfolgt die Zuföhrung der mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des BbgFAG beschlossenen Zuföhrung von zwei zusätzlichen Jahresscheiben von je 10 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt an die Kommunen mit vorliegendem Gesetz ausschließlich über den neuen Ansatz statt über die allgemeinen Verteilungssysteme.

Die gemäß § 5 Abs. 2 zur Verfügung gestellten Mittel werden in der Regel nicht vollständig auf die Kommunen verteilt werden können. Grund hierfür ist, dass bei der Aufteilung

der Mittel auf die kommunalen Aufgabenträger an verschiedenen Stellen mathematische Rundungen durchgeführt werden müssen. § 2 Abs. 2 Satz 2 legt als Grundsatznorm fest, dass notwendige Verrechnungen über den Ausgleichsfonds durchzuführen sind. Diese Regelung gilt auch für den Sozial- und Jugendhilfelastenausgleich des § 5 Abs. 2 i.V.m. § 15 Abs. 2.

Zu Nummer 4.

Bei der Ermittlung der Steuerkraftzahlen der Grundsteuern A und B und der Gewerbesteuer wird die jeweilige Finanzkraft anhand des gewogenen Durchschnittshebesatzes aller Gemeinden in Brandenburg in der jeweiligen Steuerart normiert. Mit Wirkung ab 2014 soll dieser Nivellierungshebesatz auf Stufen von ganzen fünf vom Hundert gerundet werden. Eine solche stufenweise Anpassung vermeidet die direkte Abhängigkeit des Nivellierungshebesatzes von der Hebesatzpolitik weniger Gemeinden und die sich daraus ergebenden Spiralwirkungen. Änderungen in der Hebesatzpolitik wirken sich nur noch dann auf die Finanzkraftnormierung aus, wenn sie Ausdruck struktureller Veränderungen sind. Die Änderung greift eine Überlegung des Gutachtens von Prof. Dr. Lenk „Finanzwissenschaftlichen Gutachten zur Fortschreibung des kommunalen Finanzausgleichs in Brandenburg“ vom März 2012 auf. Für das Ausgleichsjahr 2011 haben die Gutachter ein Umverteilungsvolumen von knapp 315.000 Euro für einen Stufen-Hebesatz von ganzen fünf vom Hundert ermittelt. Diese Änderung ist auch vom FAG-Beirat vorgeschlagen worden.

Zu Nummer 7.

Diese Ergänzung dient der Regelung der Auszahlmodalitäten des Sozial- und Jugendhilfelastenausgleiches. Da die Mittelauskehr des in § 15 Abs. 2 neu verankerten Ausgleiches für Jugendhilfelasten nicht über die Verordnung zur Verteilung von Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ VertV) erfasst ist, sondern im Gesetz selbst geregelt wird, bedarf es auch einer entsprechenden Regelung für die Festsetzung und Auszahlung der Mittel. Diese neue gesetzliche Regelung entspricht der derzeit geltenden Regelung der SoBEZ VertV.

Zu Nummer 8.

Der zum 01.01.2011 in § 20 Satz 2 BbgFAG implementierte sogenannte „Demografiefaktor“ soll mit dieser Regelung auf fünf Jahre ausgeweitet werden. Nach den Feststellungen im Gutachten von Prof. Dr. Lenk „Finanzwissenschaftlichen Gutachten zur Fortschreibung des kommunalen Finanzausgleichs in Brandenburg“ vom März 2012 verstärkt der Fünf-Jahres-Durchschnitt die Unterstützung der Kommunen mit überdurchschnittlichen Bevölkerungsverlusten. Gleichzeitig federt der Fünf-Jahres-Durchschnitt in den Jahren 2014 bis 2016 (in abnehmendem Umfang) die Auswirkungen eines möglichen „statistisch bedingten“ Einwohnerverlustes ab, der infolge der Bereinigung der amtlichen Statistik auftreten könnte. Letztmalig würde der Effekt 2016 zum Tragen kommen, da der Einwohnerdurchschnitt für das Ausgleichsjahr 2016 von 2010 bis 2014 gemessen würde und mit dem Jahr 2010 letztmalig anteilig die alte Bevölkerungsstatistik berücksichtigt würde. Diese Änderung ist auch vom FAG-Beirat vorgeschlagen worden.

Für die SPD-Fraktion

Für die Fraktion DIE LINKE

Ralf Holzschuher

Christian Görke

Fraktionsvorsitzender

Fraktionsvorsitzender